



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Beschlussvorlage

Drucksachen Nr.:

BV/VII/0595

Beschlussdatum:

Beschluss-Nr.:

Gegenstand:

Hinrichtungen im Iran stoppen!

Behandlung:

öffentlich

Einreicher:

Ratsfrau Amina Kanew

| Beratung | Sitzungs- datum | Abstimmungsergebnis | | | | Bemerkungen |
|-----------------|--------------------|---------------------|------|-------|------|---------------------------------|
| | | Ja | Nein | Enth. | Bef. | |
| Stadtvertretung | 02.02.2023 | | | | | vom Einreicher zurückgezogen |

Neubrandenburg, 24.01.2023

gez.
Amina Kanew
Ratsfrau

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des § 22 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg Vorpommern (KV M-V) werden durch die Stadtvertretung Neubrandenburg folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Appell (siehe Begründung) an die Oberste Justizautorität, Herrn Gholamhossein Mohseni Ejei, c/o Embassy of Iran to the European Union, Avenue Franklin Roosevelt No. 15, 1050 Bruxelles sowie an die Botschaft der Islamischen Republic Iran, S.E. Herrn Mahmoud Farazandeh, Podbielskiallee 65-67, 14195 Berlin zu versenden.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Appell auf der Internetseite der Viertore-Stadt Neubrandenburg zu veröffentlichen.

Finanzielle Auswirkungen:

1,95 € (Porto)

Klimarelevanz:

- Auswirkungen auf den Klimaschutz
- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

*Erläuterung:

Begründung:

Sehr geehrter Herr Ejei,
Sehr geehrter Herr Farazandeh,

ich bin entsetzt, dass nach den Hinrichtungen der vergangenen Tage, weiteren Menschen in ihrem Land ein Todesurteil bzw. die Hinrichtung droht. Den betroffenen Menschen wird in Verbindung mit den landesweiten Protesten "Feindschaft zu Gott" (moharebeh), "Verdorbenheit auf Erden" (ifsad fil-arz) und "bewaffnete Rebellion gegen den Staat" (baghi) vorgeworfen, wofür sie in unfairen Scheinprozessen entweder bereits verurteilt wurden oder derzeit angeklagt sind. Gegen mindestens elf Personen wurde bereits ein Todesurteil gesprochen, darunter Sahand Nourmohammad-Zadeh, Mahan Sadrat (Sedarat) Madani und Manouchehr Mehman Navaz, die sich in separaten Fällen vor Revolutionsgerichten in Teheran verantworten mussten; sowie Mohammad Broughani, Mohammad Ghobadlou und der kurdische Rapper Saman Seydi (Yasin), die gemeinsam vor einem Teheraner Revolutionsgericht zum Tode verurteilt wurden. Auch Hamid Ghare-Hasanlou, Mohammad Mehdi Karami, Seyed Mohammad Hosseini, Hossein Mohammadi und eine weitere unbekannte Person wurden zum Tode verurteilt. Sie standen in Karadsch in der Provinz Alborz gemeinsam mit elf weiteren Personen vor Gericht und wurden der "Verdorbenheit auf Erden" für schuldig befunden. Mohammad Mehdi Karami und Seyed Mohammad Hosseini wurden am 7. Januar hingerichtet.

Mindestens 15 weitere Personen sind ebenfalls von der Hinrichtung bedroht. Zu ihnen zählen Abolfazl Mehri Hossein Hajilou, Mohsen Rezazadeh Gharagholou und Saeed Shirazi, die wegen Kapitalverbrechen vor Gericht gestellt wurden, über deren Verfahrensfortschritt jedoch keine Informationen vorliegen. Die übrigen zwölf Personen sind ebenfalls wegen Straftaten angeklagt, auf denen die Todesstrafe steht. Es handelt sich bei ihnen um: Akbar Ghafari und Toomaj Salehi in Teheran; Amir Nasr Azadani, Saleh Mirhashemi und Saeed Yaghoubi in der Provinz Isfahan; Ebrahim Rigi (Riki), der der unterdrückten belutschischen Minderheit angehört; die Farzad (Farzin) Tahazadeh und Farhad Tahazadeh; sowie Karwan Shahparvaneh, Reza Eslamdoost, Hajar Hamidi und Shahram Marouf-Mola von der kurdischen Minderheit aus der Provinz West-Aserbaidschan

Bitte heben Sie umgehend alle Schuldsprüche und Todesurteile auf. Sehen Sie bitte von weiteren Todesurteilen ab und sorgen Sie dafür, dass alle Personen, die einer als Straftat anerkannten Handlung angeklagt sind, in Verfahren verurteilt werden, die den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entsprechen und nicht auf die Todesstrafe zurückgreifen.

Bitte lassen Sie alle Inhaftierten frei, die lediglich aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Menschenrechte inhaftiert sind.

Sorgen Sie dafür, dass die Inhaftierten Zugang zu ihren Familien und Rechtsbeiständen ihrer Wahl erhalten und vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt sind. Stellen Sie sicher, dass Foltterwürfe untersucht und die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden.

Bitte stellen Sie sicher, dass unabhängige Beobachter*innen aus Ländern mit Botschaften im Iran Zugang zu den Verfahren mit möglichen Todesurteilen im Zusammenhang mit den Protesten erhalten.

Verhängen Sie bitte umgehend ein offizielles Hinrichtungsmoratorium mit dem Ziel, die Todesstrafe ganz abzuschaffen.

In der Hoffnung auf Ihre Einsicht

Begründung erfolgt mündlich